

Majorität in der Finanzkommission nicht angehören, wirken würden, werden spätere Redner des näheren ausführen.

Der Verkehr lässt sich nun einmal nicht ungestraft nach Belieben besteuern. Die Fahrkartensteuer, die ausbleibenden Einnahmen aus anderen neuen Steuern und überhaupt der Rückgang in den Staatseinnahmen sprechen eine beredte Sprache! Der Fahrgast, der durch einen hohen Zuschlag dafür in Strafe genommen werden sollte, dass er erster Klasse fuhr, hat sich gar schnell das I.-Klasse-Fahren abgewöhnt, und was das schlimmste ist, viele, denen das II.-Klasse-Fahren nun einmal nicht sympatisch ist, setzen sich schon lieber gleich in die dritte Klasse. Möge es in den Steuerklassen nicht bald ebenso gehen! (Sehr gut.) Auch auf anderen Gebieten, z. B. in Bezug auf Schnelligkeit und Grösse unserer Schiffe fahren wir bekanntlich schon nicht mehr so ganz erster Klasse, und wer es weiss, wie den Reedereigesellschaften unter der jetzigen Gesetzgebung zu Mute ist, würde wohl nicht auf den Gedanken kommen können, auch ihnen noch eine Sonderbesteuerung aufzuerlegen. In den konkurrierenden Ländern regnet es staatliche Subventionen, in Deutschland bringt fast jedes Jahr der Schiffahrt neue Steuern und soziale Belastungen!

Noch schwerer aber, als durch ein Erlöschen des Unternehmungsgeistes des mobilen Kapitals würde unser Vaterland betroffen werden, wenn es wirklich dieser neuen Mehrheit gelingen sollte, die Gesundung der Reichsfinanzen durch ihren Widerstand dauernd zu verhindern, oder wenn es ihr gar gelingen sollte, der Regierung die Zügel aus der Hand zu nehmen und Steuern zu dekretieren, die diese Mehrheitsparteien so gut wie freilassen, und die nur von den politischen Gegnern zu tragen wären. Das müsste zum Bankerott des gegenwärtigen parlamentarischen Systems führen; (sehr wahr) denn es würde ein Zustand der „Steueranarchie“ eintreten, und mit derartigen Zuständen haben schon ältere Reiche als das deutsche ihren Niedergang begonnen. Das würde ein Missbrauch der Macht sein, den das allgemeine gleiche Wahlrecht den Parlamenten gewährt, ein Missbrauch, den eine staaterhaltende Regierung nicht über sich ergehen lassen könnte. (Lebhafter Beifall.)

Im vorigen Jahre sagte im Mecklenburgischen ausserordentlichen Landtag ein Gegner der Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts: das Rückgrat Mecklenburgs ist die Ritterschaft, denn sie zahlt mehr als dreiviertel aller Steuern in Mecklenburg. Das klingt vielleicht rückständig, aber der Mann hatte so Unrecht nicht. Macht man dasselbe Exempel aber auf die Einkommensteuer in allen deutschen Bundesstaaten, so sind die Industrie und das mobile Kapital dieses Rückgrat, das jetzt gebrochen werden soll. (Sehr wahr!) Wir sehen es ja jetzt deutlich; ginge es nach den Wünschen der extremen Agrarier, die den Handel, den Verkehr und das mobile Kapital bekämpfen und zerstören